



Bericht aus dem Ständerat



Frühlingsession 2016



Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern

Liebe Leserin, lieber Leser

«Vor England läuft gar nichts!» Das ist zusammenfassend die Konsequenz aus der europapolitischen Gesamtschau, die der Ständerat in der Frühlingsession im Rahmen des aussenpolitischen Berichts des Bundesrats gezogen hat. Im Juni findet die Abstimmung über den so genannten «Brexit» statt. England hat mit der EU die Regeln für ein mögliches Verbleiben in der Union abgesprochen, und die Bevölkerung hat nun darüber zu entscheiden. Solange diese Abstimmung nicht stattfindet, besteht für die Schweiz kein Verhandlungsspielraum, da die EU in Verhandlungen mit der Schweiz keine Präjudizien schaffen will.

Nach einer erfolgreichen Brexit-Abstimmung öffnet sich das Verhandlungsfenster für die Schweiz. Der Spielraum indes bleibt eng, denn mehr als England wird die Schweiz in Verhandlungen kaum erhalten. Wenn Bundesrat Burkhalter sagt, dass die «marge de manoeuvre» in der zweiten Jahreshälfte Raum für Lösungen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative lässt, so ist dies wohl grundsätzlich richtig, aber gleichzeitig sollten die Erwartungen diesbezüglich nicht zu stark

Kontakt:

Daniel Jositsch: www.jositsch.ch, daniel.jositsch@parl.ch, www.facebook.com/danieljositsch, Twitter: @danieljositsch
Ruedi Noser: www.ruedinoser.ch, politik@ruedinoser.ch, www.facebook.com/Ruedi.Noser, Twitter: @RuediNoser

geweckt werden. Denn der Handlungsspielraum bleibt eng. Gleichzeitig wird das Parlament einerseits über das Umsetzungsgesetz beraten, das die allgemein als untauglich eingestufte Schutzklausel enthält. Für den Wirtschaftsstandort Zürich, für den ganzen Kanton und damit auch für die Schweiz ist prioritär, dass dieser Zustand der Unsicherheit möglichst rasch ein Ende hat. Es ist daher unsere Aufgabe im Parlament, über die Parteigrenzen hinweg eine tragfähige Lösung zu finden. Davon sind wir aktuell noch weit entfernt.

Wir wünschen schöne erste Frühlingstage.



Schlaglichter von Daniel Jositsch

Ein ungeschriebenes Gesetz besagt, dass man im Ständerat als neu-gewähltes Mitglied in der ersten Session keine Voten hält und keine Vorstösse einbringt. Ob das sinnvoll ist, bleibe dahin gestellt, aber es ist tatsächlich so, dass man in der ersten Session in einem Rat noch keine Geschäfte hat, die man schon in den vorbereitenden Kommissionssitzungen mitberaten hat, weshalb sich das fast von selbst ergibt. In der zweiten Session ist man aber bereits gut in die Kommissionsarbeit integriert, vor allem, wenn man die Arbeit schon aus dem Nationalrat kennt, und kann die ersten Vorstösse einbringen.



Prävention und Repression im Kampf gegen pädosexuelle Straftaten

Pädosexuelle Übergriffe bewegen die öffentliche Meinung verständlicherweise sehr stark, weshalb auch immer wieder auf politischer Ebene Massnahmen dagegen gefordert werden. In den vergangenen Jahren sind wiederholt Volksinitiativen in diesem Themenfeld lanciert worden (Berufsverbot für Pädophile, Verjährungsinitiative, Verwahrungsinitiative), die sich dadurch auszeichnen, dass sie weitgehend wirkungslos bei der Bekämpfung pädosexueller Straftaten sind. Ich habe in den vergangenen Monaten mit Nationalrätin Natalie Rickli, die in der Vergangenheit verschiedentlich Vorstösse repressiver Natur in diesem Themenbereich lanciert hat, einen konstruktiven Ansatz gesucht. Wir haben uns dabei auch mit verschiedenen Expertinnen und Experten unterhalten und haben dabei zwei Ansätze herausgearbeitet, die wir parallel im National- und im Ständerat als Vorschläge eingebracht haben. Es geht dabei einerseits um ein Präventionskonzept, das bereits mit einigem Erfolg in Deutschland funktioniert und unter dem Namen «Nicht-Täter-werden» bekannt geworden ist. Männer, die pädosexuelle Neigungen verspüren, sollen sich an eine Fachstelle wenden können, um zu verhindern, dass es zu Übergriffen auf Kinder und Jugendliche kommt. Das Projekt geht davon aus, dass eine entsprechende Neigung bei so genannten kernpädagogischen Männern grundsätzlich nicht veränderbar ist, aber dass es möglich ist, ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie diese Neigung kontrollieren und deliktsfrei leben können.

Ein zweiter Vorstoss schlägt Änderungen bei der Bestrafung pädosexueller Übergriffe vor. Das geltende Recht sieht einen relativ weiten Strafraumen vor, was durchaus richtig ist. Es ist aber eine Tatsache, dass die Richter regelmässig nur den unteren Bereich des Strafraumens benützen, was dazu führt, dass teilweise auch schwere Sexualdelikte mit relativ milden Strafen sanktioniert werden. Es ist nun allerdings nicht notwendig, die Strafen generell anzuheben, wie das immer wieder gefordert wird. Der Vorstoss von Natalie Rickli und mir sieht daher gezielt vor, dass die Strafen dann höher angesetzt werden sollen, wenn es sich beim Opfer um ein Kind handelt.

Es geht mir bei diesen Vorstössen nicht darum, ein beliebtes politisches Thema von Populisten nun auch noch zu übernehmen, sondern darum, in einem sehr emotionalen, aber eben doch existierenden Problembereich einen sinnvollen Vorschlag zu machen, eine Kombination nämlich von präventiven und repressiven Massnahmen.

Drogentests in der Armee

Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission hat mich die Meldung hellhörig gemacht, dass am WEF Soldaten unter Drogen standen. Erstaunt hat mich dabei nicht die Tatsache, dass das so ist, sondern vielmehr, dass die Armee einen Angehörigen der Armee nur auf konkreten Verdacht hin auf Drogeneinfluss untersuchen kann. Ich persönlich vertrete politisch diesbezüglich (für Erwachsene, bei Jugendlichen gilt natürlich der Jugendschutz) eine liberale Position; ich bin der Ansicht, dass jeder (Erwachsene) selbst entscheiden muss, was er mit seinem Körper und seiner Gesundheit macht. Für Angehörige der Armee im Einsatz kann das aber nicht gelten, denn sie verfügen über Waffen, bedienen Waffensysteme, führen schwere Fahrzeuge wie Lastwagen und Panzer und können daher bei falscher Manipulation sich, ihre Kameraden oder die Öffentlichkeit in Gefahr bringen. Ich selbst war als Rekrut Panzerfahrer und es war für mich selbstverständlich, dass wir ein derart gefährliches Fahrzeug nur mit 0 Promille im Blut führen durften und dass das immer wieder kontrolliert wurde. Ich habe daher eine Motion eingereicht, die vom Bundesrat verlangt abzuklären, ob resp. wie eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden kann, um Drogentests in der Armee vornehmen zu können.

Schlaglichter von Ruedi Noser

Dass wir in der Schweiz weniger Bürokratie, günstige Marktpreise und eine effizientere Verwaltung bekommen, ist mir ein wichtiges politisches Anliegen. In dieser Session stand das Thema gleich mehrfach auf der Agenda.



Weniger Bürokratie, mehr Wettbewerbsfähigkeit

Der Ständerat hat einstimmig die Motion «Bürokratieabbau. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben» überwiesen, die ich noch als Nationalrat eingereicht hatte. Sie verlangt, dass die Verwaltung nun mit der Digitalisierung endlich vorwärts macht und auch wirklich die Effizienzgewinne erreicht, die nötig sind, um die Kosten der Bundesverwaltung zu senken.

Zudem führten wir eine Debatte zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes, in der Bundesrat Ueli Maurer etwas versprach, was Bürokratiekosten senkt und die Rechtssicherheit erhöht: Was bei der Gewinnsteuer anerkannt ist, soll automatisch auch bei der Mehrwertsteuer anerkannt werden – sprich, die Firmen sollen nicht mehr länger unter der Inkompatibilität der beiden Systeme leiden müssen. Damit sparen die Steuerpflichtigen nicht nur Bürokratiekosten, sondern wir erhöhen auch die Rechtssicherheit. Das ist entscheidend für die Wirtschaft.

Ein grosser Bürokratie-Tiger wurde bei der Revision des Waldgesetzes verhindert: Die Forderung, dass überall, wo der Bund Bauten subventioniert, in Zukunft Schweizer Holz eingesetzt werden muss, wurde abgelehnt. Das war wieder so ein typischer gut gemeinter, aber komplett falscher Vorschlag. Erstens erhalten viele Bereiche Bundessubventionen: Bildung und Forschung, Energie und Gesundheitswesen, um nur einige aufzuzählen. Da hätte der Bund Vorschriften gemacht, die zu enormen Kostensteigerung geführt und den Bundesbeitrag wohl bei weitem überkompensiert hätten. Und das erst noch mit einem enormen Vorschriftenalat, der dann auch noch kontrolliert werden muss.

Der Kampf für weniger Bürokratie und mehr Wettbewerbsfähigkeit ist ein harter Kampf, und oft verliert man, weil die Partikularinteressen obsiegen. Aber wie heisst es so schön: Wir bleiben dran!

Die Schweiz an der CEBIT im weltweiten Fokus



In der letzten Sessionswoche fand die Technologie-Messe CEBIT statt. Die Schweiz war Gastland. Als Präsident der Branche musste ich vor Ort sein, weil wir hohe Gäste hatten: Vizekanzler Sigmar Gabriel, Bundeskanzlerin Angela Merkel, EU-Komissar Günther Oettinger und unser Bundespräsident Johann Schneider-Ammann kamen uns alle besuchen. Das unterstrich den hohen Stellenwert, den die Digitalisierung hat.

Europa hat einen grossen Teil der Digitalisierung verschlafen. Man kann nicht der grösste Wohlfahrtsstaat sein und gleichzeitig keines der produktivsten Unternehmen wie Apple, Google oder Amazon beheimaten. Wenn wir den Wohlstand behalten wollen, können wir nicht nur Anwender von amerikanischen Technologien werden, sondern müssen auch in der Lage sein, eigene Konzerne zu beheimaten, die den Weltmarkt erobern. Möglich ist das, Nestlé hat es mit Nespresso bewiesen. Die Schweiz hat hervorragende Voraussetzungen, um aus dem Wettbewerb als Siegerin hervorzugehen. Verlangt ist aber, dass wir in der Lage sind, unsere guten Ideen auch wirklich gross zu denken. Wir dürfen unsere Ideen nicht immer zuerst zwingianisieren, sondern müssen den Mut haben, miteinander die Welt erobern zu wollen.